

Antrag zum TOP 28, Vorlage 552/07 **Bau eines Kohlekraftwerks in Brunsbüttel**

1. Die Stadtwerke Tübingen beteiligen sich nicht an dem Kohlekraftwerk in Brunsbüttel.

2. Die Stadt Tübingen und die Stadtwerke Tübingen setzen sich in der SüdWestStrom dafür ein, dass das Projekt eines Kohlekraftwerks in Brunsbüttel aufgegeben und stattdessen die Beteiligung an einem Windpark angestrebt wird.

Begründung:

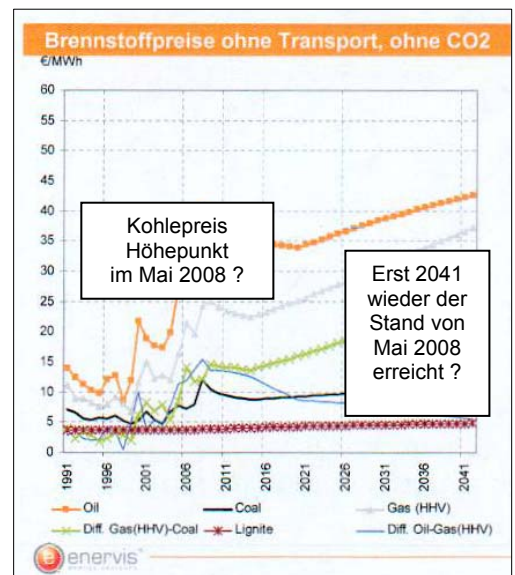
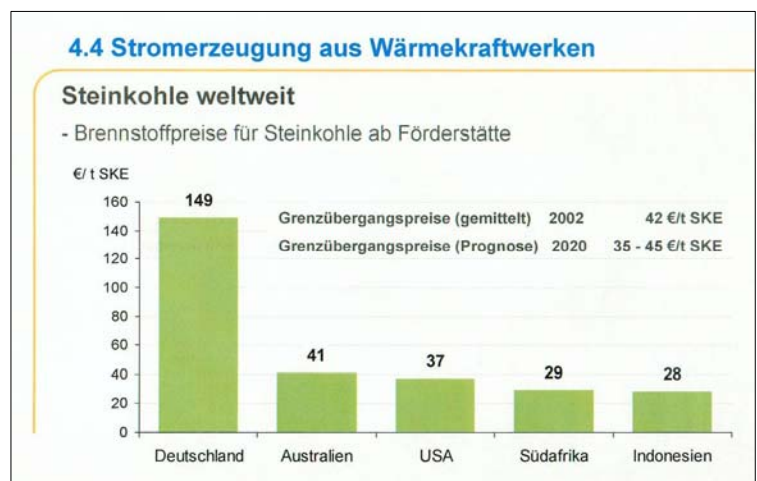
1. Zuspitzung des Kostenrisikos für Steinkohlekraftwerke

Bei Planungsbeginn für das Steinkohlekraftwerk ging man von einer Preisstabilität für Kohle aus, die heute nicht mehr gegeben ist. Ging man bis vor kurzem davon aus, dass der Grenzübergangspreis für Steinkohle (SKE) im Jahre 2020 zwischen 35 und 45 € liegt, erhöhte sich der Preis für Kraftwerkskohle im 1. Halbjahr 2008 schon auf 93,73 € / t SKE.

Die von den Stadtwerken am 1. Juli 2008 vorgestellte Kalkulation geht davon aus, dass der Kohlepreis 2008 mit ca. 90 € auf dem Höhepunkt war, bis 2011 auf ca. 65 € fällt und bis im Jahr 2041 wieder auf den Preis von ca. 90 € steigt (Folie 22). Am 13. Juni 2008 lag der Kohlepreis jedoch schon bei 111,41 €/t-SKE. Am 2. Juli 2008 haben die Preise für thermische Kohle in Asien erstmals die 200 \$ - Marke überschritten. Der Rohstoffexperte von JP Morgan erhöhte am 16. Juni 2008 sein Kursziel für Kohle von 240 \$ auf 300 \$ /t-SKE im Jahr 2009.

Ludwig-Bölkow-Systemtechnik beschreibt das Risiko für Steinkohle so:
„Neben Erdöl und Erdgas wird auch die Verfügbarkeit von Kohle absehbar der Nachfrageentwicklung auf dem Weltmarkt nicht folgen können. Preisrelevante Verknappungen sind die Folge. Der weltweit zunehmende Fokus auf Kohleverstromung verschärft die Situation. Steigende Kohlepreise und CO₂-Emissionszertifikate können schon vor 2020 dazu führen, dass die Stromerzeugungskosten aus Kohle diejenigen aus Windkraft übersteigen und Windparks die kostengünstigste Stromerzeugungsoption werden.“

Diese Situation ist nach der Steinkohlepreis-Explosion schon heute eingetreten. Die Gestehungskosten für Kohlestrom lagen laut Bölkow bei einem Kohlepreis von 66 €/T und bei einem CO₂-Zertifikatspreis von 0 bei knapp 6 €-Cent pro KW. Bei einem Kohlepreis von 99 €/T und einem CO₂-Zertifikatspreis von 17,60 €/T bei etwas über 8 €-Cent /KW. Bei einem



Kohlepreis von 133 €/t und einem CO₂-Zertifikatspreis von 22 € bei knapp 10 €-Cent/KW. Inzwischen ist die Annahme, dass in einem Jahr die Kraftwerkskohle ca. 200 €/t kostet und die CO₂-Zertifikate eher 40 als 20 € kosten werden, realistischer als die Annahme der Stadtwerke, im Jahr 2041 werde der Kohlepreis wieder auf dem Niveau vor einem halben Jahr liegen.

Der Aufsichtsrat der Tübinger Stadtwerke beschloss vor drei Jahren einstimmig mit den Stimmen der Grünen, der UFW-WUT, der CDU und SPD den Eigenbau eines Gas- oder Kohlekraftwerks („vorrangig werden momentan drei Projekte im Bereich Gas und Steinkohle verfolgt“). Dieser Beschluss ist überholt.

2. Kohlekraftwerke sind ökonomisch zu risikoreich und ökologisch ein Verbrechen.

In Europa setzt nur Deutschland massiv auf Steinkohle. Wir sind heute genau an der Schwelle, wo die Nachfrage nach Kohle die Kohleförderung übersteigt. Heute ein Kohlekraftwerk zu bauen ist gleichbedeutend wie im Jahr 2000 alles Geld in den Neuen Markt zu investieren. Tübingen hat sich mit der Oberen Viehweide in diesem Zusammenhang schon genug die Finger verbrannt.

Steinkohle ist die klimaschädlichste Option nach Braunkohle. Die CO₂-Zertifikatspreise treffen vor allem Kohlekraftwerke. Kohlekraftwerke sind schlechter regelbar als Erdgaskraftwerke. Der steigende Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien verdrängt die Grundlast, weshalb mehr Regelleistung benötigt wird. Außerdem ist bei Kohlekraftwerken die Kapitalbindung extrem lang – bei einem sich schnell wandelnden Markt.

An einem Tag wird das Tübinger Kohlekraftwerk in Brunsbüttel so viel CO₂ ausstoßen, wie durch die „Tübingen macht blau“-Aktion in zehn Jahren eingespart wird.

Die vielen Kohlekraftwerke, die in Norddeutschland geplant sind, konkurrieren in der Leitungsanbindung nach Süddeutschland mit den Windkraftanlagen. Wer wie Tübingen in Brunsbüttel ein Steinkohlekraftwerk baut, behindert damit den Ausbau von Windparks.

Die Europäische Union warnt Deutschland vor dem Bau neuer Steinkohlekraftwerke. Nach der Vorstellung des dritten Weltklimaberichts hat die EU-Kommission (EU-Umweltkommissar Stavros Dimas) eindringlich vor dem Bau neuer Kohlekraftwerke in Deutschland gewarnt. "Wer heute noch neue Kohlekraftwerke baut, muss sich im Klaren sein, dass eine solche Politik uns alle langfristig teuer zu stehen kommt."

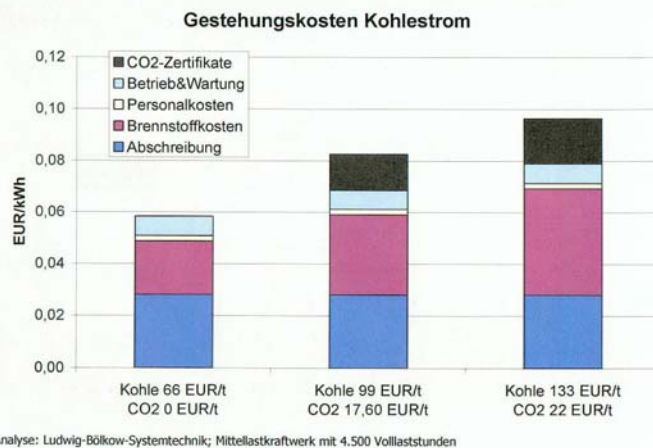
Dies zeigt auch bei der Bundesregierung Wirkung: Der Bundesumweltminister Gabriel ruderte am 13. Juli 2008 in der FAZ schon zurück. Statt über 30 spricht er nur noch von 10 neuen Steinkohlekraftwerken.

3. Das Kohlekraftwerk scheint nur noch in Tübingen politisch durchsetzbar zu sein, weil es weit weg ist.

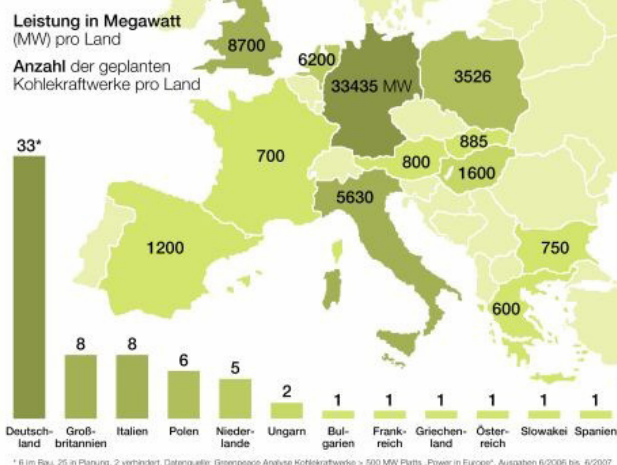
SPD im Kreis Emsland dagegen

07.06.2008 Generell gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke und speziell gegen das geplante Projekt des Schweizer Unternehmens BKW in Dörpen hat sich der Vorstand der Emsland-SPD ausgesprochen. Der Beschluss des Vorstandes fiel einstimmig. In seiner Stellungnahme gegen den Bau von weiteren Kohlekraftwerken verweist der SPD-Vorstand unter anderem auf die Ergebnisse

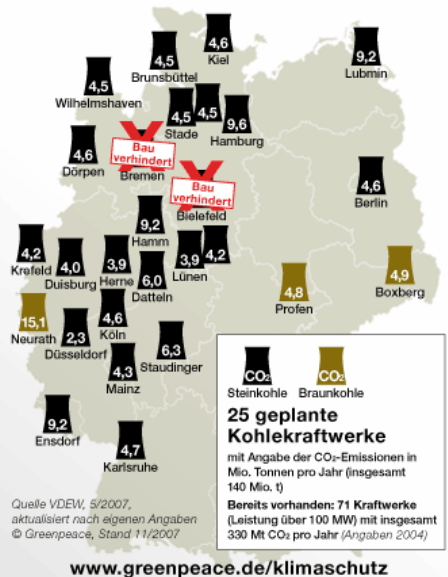
Anteil Kohle- und CO₂-Preis an Stromgestehungskosten



Geplante Kohlekraftwerke in Europa



Geplante Kohlekraftwerke



des Weltklimarates. Dieser habe nachdrücklich auf die Gefahren durch einen erhöhten CO₂-Ausstoß hingewiesen. Zudem hätten 110 Ärzte aus dem Emsland in einem Positionspapier vor den Folgen eines Kohlekraftwerks im Hinblick auf eine deutliche Zunahme von Herz-Gefäß-Krankheiten, Lungenerkrankungen, Allergien und Asthma gewarnt.

Ypsilanti wendet sich gegen Mainzer Kohlekraftwerk

Das Kraftwerk sei völlig überdimensioniert und "die Kohleverstromung hat sich als Technik bereits heute überlebt". Das Projekt werfe die energiepolitische Diskussion um Jahrzehnte zurück, meint die Herausforderin des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch. (13. Dezember 2007)

CDU, SPD, Linke, Grüne in Hessen gegen Kohlekraftwerk

Der hessische Landtag hat sich gegen den Ausbau des Kohlekraftwerks Staudinger bei Hanau gewandt. Wie die Landtagsfraktion der Grünen berichtete, stimmte der Umweltausschuss des Landtags am Dienstag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen den Bau eines neuen Kraftwerksblocks. Die CDU stimmte dafür, die FDP enthielt sich der Stimme. E.ON will am Standort Staudinger drei ältere Kohleblöcke durch einen neuen Kraftwerksblock mit 1.100 Megawatt Leistung ersetzen. Das Projekt ist in der Region umstritten wegen der hohen CO₂-Belastung durch die Kohleverstromung. 03.06.08, 11:13

Rede von Tarek Al Wazir (Grüne) im Hessischen Landtag am 3.5.07

Ich hab dies alles gesagt, weil es schon verrückt ist, dass in diese Situation und angesichts dieser Diskussion jemand auf die Idee kommt, ein altes Kohlekraftwerk durch ein neues, größeres Kohlekraftwerk zu ersetzen. Wer angesichts dieser Situation in Hessen den weltgrößten Steinkohlekraftwerksblock bauen will, der ist nicht von dieser Welt. Dieses Kraftwerk hat – ich sage es noch einmal – die falsche Dimension, es hat den falschen Standort, weil sie so viel Wärme an dem Standort gar nicht gebrauchen können, und es hat den falschen Energieträger, nämlich Kohle, der der klimaschädlichste Energieträger ist, den es gibt.

Linke Senatoren gegen Kohlekraftwerk

Sonntag, 8. Juni 2008: Umweltsenatorin Katrin Lompscher und Wirtschaftssenator Harald Wolf (beide Linke) haben sich gestern bei einer Klima-Tagung ihrer Partei deutlich gegen die Pläne des Energiekonzerns Vattenfall gestellt, in Lichtenberg ein neues Steinkohlekraftwerk zu bauen.

In Berlin sprachen sich neben den Linken auch die CDU, die SPD, die FDP gegen das Steinkohlekraftwerk aus. Die Grünen sind ebenfalls dagegen, solange es noch keine unterirdische Lagermöglichkeit des anfallenden CO₂-Ausstoßes gibt.

4. Windkraft wird kostengünstiger als Steinkohle

Bei allen Berechnungen der Gestehungskosten vor der Kohlepreis-Explosion in diesem Jahr war Strom aus Kohle und AKWs wesentlich günstiger als Windstrom. Bei den heutigen Kohlepreisen liegen wir beim Kohlestrom schon gleichauf mit dem Windstrom.

Deshalb häufen sich die Ankündigungen auch großer Versorger und bisheriger Skeptiker, das Wind-Engagement zu vervielfachen.

- 15.05.2008: EnBW kauft norddeutsche Windkraftprojekte
- 22.06.2008: CDU entdeckt Windkraft
- 21.11.2007: RWE investiert Milliarden in den Wind
- 14.05.2008: E.ON Chef Bernotat will bis 2010 sechs Milliarden investieren, bis dahin solle die Leistung aus Windkraft auf 4 GW steigen.
- 16.10.2007: Windenergie in China vor Megaboom. Steigerung von 1,27 GW (Ende 2005) auf 30 bis 40 GW 2020 (Steigerungsrate 3050%)
- 25.06.2006: TOTAL und ENERTRAG baut Hybrid-Kraftwerk mit Umwandlung von Windenergie in Wasserstoff mit hohem Wirkungsgrad von bis zu 80%.
- 06.06.2008: Die Bundesregierung erhöht ab dem 01.01.2009 die Vergütung von Windstrom auf 13 €/Cent / KW, bzw. 15 €/Cent, wenn die Windkraft-Anlagen vor 2015 in Betrieb gehen.

5. Die Rendite-Erwartungen der Stadtwerke für das Kohlekraftwerk liegen unter der von Windstromanlagen

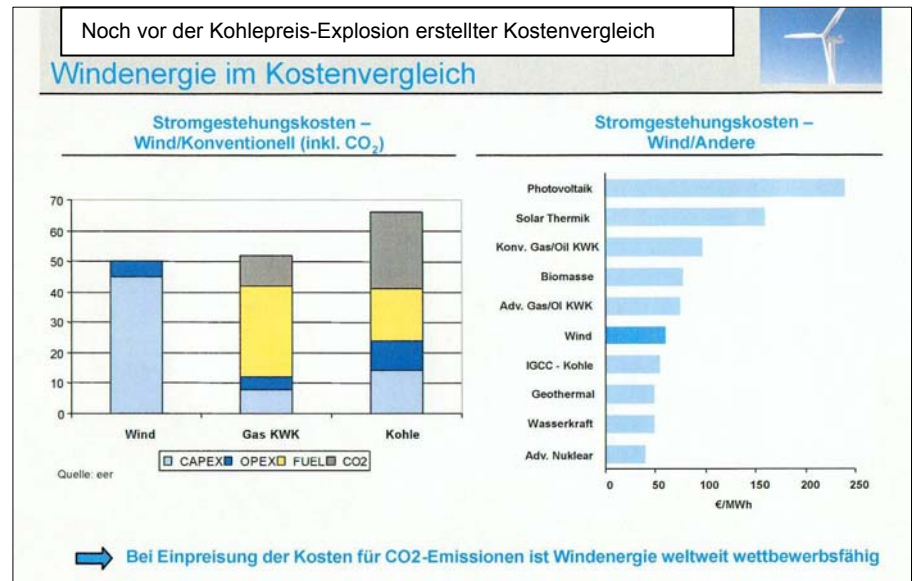
Die Stadtwerke Tübingen haben am 1. Juli dem Aufsichtsrat eine abenteuerliche Renditeberechnung vorgelegt, die allerdings streng geheim ist, auch Türen und Fenster mussten bei der Vorstellung im 6. Stock in der Eisenhutstraße geschlossen werden.

Die Stadtwerke spekulieren darauf, dass der Strompreis schneller steigt als der Kohlepreis. Sie nehmen die soziale Brisanz nicht nur nicht wahr, sie setzen darauf.

Um die Kohlekraftwerke in besserem Licht erscheinen zu lassen, machen die Stadtwerke in einem Brief an die Tübinger Greenpeace Gruppe die eigenen Kraft-Wärme-Blockheizkraftwerke madig und geben zu, dass sie zumeist nur einen Wirkungsgrad von 30 Prozent haben. (Geschäftsführer Wiebecke am 2. Juli 2008: „Der elektrische Wirkungsgrad von bestehenden dezentralen Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen liegt bei etwa 30%. Weitere 50 bis 60 % der Energie können in Form von Wärme genutzt werden, sofern es für diese Wärme einen Abnehmer gibt. Sinnvolle Wärmeverwendung ist aber insbesondere im Sommer nur in eingeschränktem Umfang möglich. Wenn die entstehende Wärme nicht verwendet werden kann, haben Großkraftwerke

entscheidende Vorteile, weil sie einen wesentlich höheren elektrischen Wirkungsgrad haben als kleine dezentrale Anlagen.“) Bisher haben sich die Stadtwerke mit ihren Minikraftwerken gebrüstet, sie gar als eine Art Ökostrom angepriesen. Die langen Fernwärmeleitungen haben zudem einen Wärmeverlust von fast 80 %.

33 Beraterfirmen waren mit dem Brunsbüttel-Projekt befasst. Natürlich ist das Gutachten der Bank positiv, da die Stadtwerke die besten Schuldner sind, egal wie ruinös ihre Investitionen sind; denn am Schluss zahlen es die Bürger und niemand haftet persönlich für den Schaden. Weshalb diese Gutachten streng geheim sind, ist klar: Die Berechnung, dass im Jahr 2041 in etwa das Preisniveau für Kohle im Frühjahr 2008 erreicht wird, würde schon genügen, alle Beraterfirmen und die Stadtwerke der Lächerlichkeit preiszugeben. Die Firma Fichtner, die auch für das Steinkohlekraftwerk eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aufgestellt hat, rechnet für Windkraftanlagen eine noch höhere Rendite aus. Hier ein Beispiel:



„450 MW-Offshore-Windpark (Nordsee, 20 Jahre): Eigenkapitalrendite 10,7 %

90 MW-Onshore-Windpark (Küste, 20 Jahre): Eigenkapitalrendite 20,3 %

Eine Verbesserung der Eigenkapitalrendite für Offshore-Parks in Deutschland ist infolge des vorhandenen Entwicklungspotenzials für Offshore-WEA und der damit zusammenhängenden Infrastrukturmaßnahmen wahrscheinlich.“